

Nr. 2

der Fraktion LINKS Wien
an die 185. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 28. Mai

Gegen antifeministische Kürzungen bei der Notstandshilfe

Diversen Zeitungsberichten zufolge steht anlässlich der derzeitigen Budgetverhandlungen die Wiedereinführung der Anrechnung des Partnereinkommens bei der Notstandshilfe zur Diskussion. Das wäre ein massiver sozialpolitischer Rückschritt.

Eine Anrechnung des Partnereinkommens würde zehntausende Bezieher*innen um ihren eigens erworbenen Anspruch bringen und ihre finanzielle Abhängigkeit in Beziehungen erhöhen. Unser Ziel muss es sein, Abhängigkeitsverhältnisse abzuschaffen, statt sie gesetzlich festzuschreiben. Wer für den täglichen Bedarf beim Partner „bittstellen“ muss, verliert die ökonomische Autonomie. Finanzielle Unabhängigkeit ist die Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und ein wirksamer Schutz gegen häusliche Gewalt. Es ist völlig inakzeptabel, dass hart erkämpfte, emanzipatorische Fortschritte bei Budgetverhandlungen als Verhandlungsmasse missbraucht werden.

Anspruchsvoraussetzung der Notstandshilfe ist eine finanzielle Notlage. In Zeiten massiver Teuerung bei Menschen in Notlagen zu sparen, ist verantwortungslos. Anstatt den Sozialstaat auf dem Rücken der Einkommensschwächsten zu sanieren, braucht es eine mutige Umverteilung von oben nach unten. Wer das Budget konsolidieren will, muss bei den Millionenvermögen ansetzen, nicht bei den Sicherheitsnetzen von Erwerbsarbeitslosen.

Die Arbeiterkammer Wien fordert die österreichische Bundesregierung auf, Kürzungen bei der Notstandshilfe – insbesondere eine Wiedereinführung der Anrechnung des Partnereinkommens – zu unterlassen.

Angenommen x	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich x
--------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	----------------